

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Ragerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieger, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1292. Redaktion: F. Krieger, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaaltene Zeile 20 Pf.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Kreuzbergstr. 9, Seitenf. I. — Vorsitzender der Reichs-Kommission: E. Stidel, Frankfurt a. M., Södenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preß-Kommission: D. Brandt, Linden-Hannover, Wittelsb.straße 20, 1. Etage.

Nr. 4.

Hannover, den 24. Januar 1902.

12. Jahrgang.

Zum Delegiertentage 1902.

Zum 13. Male naht der Verbandstag. Die letzten beiden haben Institutionen geschaffen, die dem Verbandszweck förderlich waren und ihn auf seine jetzige Höhe gebracht haben. Auf dem 11., im Jahre 1898 in Stuttgart stattgefundenen Verbandstage wurde mit dem alten System gebrochen, der alte Gedanke, daß es das Wichtigste sei, an der Leitung zu sparen und zu knausern, abgestreift und drei Beamte angestellt, die sich in die Arbeit an der Hauptverwaltung zu theilen haben. Ferner wurde auf demselben Verbandstage noch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit am Orte und bei Krankheit in gleicher Art und Höhe beschlossen. Der tiefdenkende Beobachter wird wohl gefunden haben, daß die Summen, die jährlich dafür ausgegeben werden, den geringen Verbandsbeiträgen gegenüber, die ja allerdings noch zu mehr herhalten müssen, enorm sind. Im Jahre 1900 sind an 1181 Mitglieder 11 582 Mk. bei Arbeitslosigkeit, an 619 Mitglieder 15 359 Mk. in Krankheitsfällen gezahlt worden. Die drei ersten Quartale des Jahres 1901 weisen schon 17 443 Mk. für Kranke und 17 446 Mk. für Arbeitslose (ohne Gemahregelte) auf.

Erneut stehen wir vor einem Verbandstage, um uns darüber zu verständigen, wie der Verband weiterhin zu stärken ist, wie es möglich werden kann, neue Mitglieder zu gewinnen, und um denselben bessere Verhältnisse zu erringen. Vor allen Dingen muß uns daran liegen, die alten Mitglieder zu erhalten und die Klassenverhältnisse so zu gestalten, daß unsere Mitglieder in Nothfällen über Wasser gehalten werden können, und daß für Zeiten etwaiger schwerer Kämpfe auch ein Kriegsfonds vorhanden ist. Damit soll durchaus nicht gemeint sein, daß wiederum an die Erhöhung der Beiträge gedacht werden kann, im Gegenteil meine ich, daß mit einem Beitrage von 1,20 Mk. monatlich erstens die jetzigen Ausgaben ganz gut gedeckt werden können, zweitens es dem Verbandszweck gerade zum Vortheil gereichen würde, wiederum eine Erhöhung der Beiträge eintreten zu lassen. Wenn auch im Allgemeinen in der Gewerkschaftsbewegung nach einer Erhöhung der Beiträge eine Mitglieder-Abnahme nicht beobachtet wird, so dürfte es doch in der jetzigen Zeit ein Wagniß sein, mit einer Erhöhung zu kommen. Ich habe gerade genug Meinungen in dieser Frage kennen gelernt.

Also auf eine Aenderung der Eintrittsgelder und Beitragshöhe will ich weiter nicht eingehen, sondern bin ganz der Meinung, daß an diesen nichts geändert wird. Dagegen will ich aber einem Projekt das Wasser abzustellen versuchen, welches bei den Anträgen zum Verbandstag 1900 die Zeitung mit Anträgen stark in Anspruch nahm, und dieses ist die Herabsetzung der Karenzzeit der Unterstützung. Wenn die Antragsteller von damals die mir vorliegenden Erhebungen gekannt, auch nur einigermaßen eine Ahnung gehabt, welche erhebliche Summe bei Herabsetzung der Karenzzeit verschlungen wird, hätten sie schon damals die Finger vom Zeuge gelassen und die Zeitungspalten nicht damit belegt. Wir liegen nur die Krankheitsfälle eines Ortes, die ich im vergangenen Jahre 1901 beobachtet habe, vor. Dieselben erheben mit Recht den Anspruch auf Genauigkeit und Richtigkeit. Um es nun verständlich zu machen, habe ich die Zahl der beobachteten Fälle überhaupt mit 100 in Rechnung gebracht, denn mit 100 läßt sich bedeutend besser rechnen, weil es hier gilt, prozentuale Nachweise zu erbringen. Zunächst muß nachgewiesen werden, wie viel von der beantragten Karenzperiode bis zu der jetzt bestehenden 14tägigen, die bis dato vorhanden, ausgezahlt werden mußte. Da nun bei den angeblich 100 Krankheitsfällen wenige vorhanden sind, die 45 Mk. voll ausgezahlt bekamen, so muß bei jedem dieser Fälle, die nicht die volle Unterstützung erhielten, die Differenz zwischen der beantragten und der zur Zeit bestehenden Karenzzeit mit in Anrechnung gebracht werden. Z. B.: Bei einer Krankheitsdauer von 40 Tagen müßte bei einer Karenzzeit von 14 Tagen 26 Mk. Unterstützung gezahlt werden; dagegen bei einer solchen von 10 Tagen 30 Mark u. s. w. Also die meinerseits beobachteten Fälle betragen 100. Für diese 100 Fälle wurden nach den jetzigen Bezugsbedingungen 522 Mk. Unterstützung gezahlt. Vorauszuschicken ist noch, daß meiner Berechnung nur die Gewährung der Unterstützung nach 12 monatlicher Mitgliedschaft zu Grunde gelegt ist; es ist thatsächlich nur ein Fall vorgekommen, wo bei 6 monatlicher Mitgliedschaft Unterstützung zur Auszahlung kam.

fänglich nur ein Fall vorgekommen, wo bei 6 monatlicher Mitgliedschaft Unterstützung zur Auszahlung kam.

Fangen wir mit der s. Bt. beantragten Herabsetzung der Karenzzeit von 14 auf 10 Tage an, um zu sehen, wie ein solcher Beschluß nach den schon angeführten Beobachtungen der Krankheitsfälle an betreffenden Orten auf die Klassenverhältnisse wirken würde, wobei vorausgesetzt ist, daß Arbeitslosigkeit und Krankheit im gleichen Verhältnis zu einander stehen. Um die Berechnung verständlicher zu machen, sei noch erwähnt, daß zweierlei zu berechnen ist: die Mehrausgabe an die Mitglieder, die jetzt nach 14 Tagen Unterstützung erhalten, und die Mehrausgabe an die Mitglieder, die in der Zeit zwischen der beantragten und der bestehenden Karenzzeit gesund geworden sind (bezw. Arbeit erhielten).

Nach meinen Beobachtungen wurden von den 100 Krankheitsfällen 7 Fälle = 7 Proz. zwischen dem 10. und 14. Tage geheilt. Bei einer 10 tägigen Wartezeit hätten die 7 Kranken, da einige 11, andere 12 Tage krank waren, den Betrag von 10 Mk. erhalten müssen. Ferner kommen noch 35 Kranke, die Unterstützung erhielten, aber nicht ganz ausgesteuert waren, dazu. Für diese hätte dann, wenn die Unterstützung schon vom 10. Tage beginnt, je 4 Mk. mehr bezahlt werden müssen, $35 \times 4 = 140$ Mk., die oben erwähnten 10 Mk. dazu, ergibt eine Mehrausgabe von 150 Mk. oder 28 Proz.

Bei der Herabsetzung der Wartezeit auf 7 Tage bekämen wir noch eine viel größere Mehrausgabe, und zwar: Von den 100 Fällen wurden innerhalb der bestehenden und der 7 tägigen Wartezeit 20 Personen = 20 Proz. gesund. Für diese 20 Personen müßten 58 Mark gezahlt werden, denn es liegen innerhalb dieser Periode bei diesen 20 Personen 58 Krankheitsstage; dazu käme noch in 32 Fällen eine Mehrausgabe von je 7 Mk. (7 Tage kürzere Karenzzeit) und in 3 Fällen von zusammen 16 Mk. bis zur Aussteuerung, in Summa 240 Mk. für diejenigen Kranken, die nicht die volle Unterstützung von 45 Mk. erhielten, demnach eine Gesamt-Mehrausgabe von 298 Mk. = 57 Proz.

Nun sind zum letzten Verbandstage noch Anträge auf Herabsetzung der Karenzzeit auf 3 Tage gestellt worden. Hier läßt sich nachstehende Mehrausgabe herausrechnen. Von den 100 Fällen erlangten in der Zeit zwischen 3 und 14 Tagen 35 Kranke ihre Gesundheit wieder. Diese 35 Kranken hatten in dieser angegebene Zeit 141 Krankheitsstage. Es müßten demnach auch bei einer 3 tägigen Wartezeit 141 Mk. Unterstützung gezahlt werden. Hierzu kommen noch 32 Kranke, die, wenn die Karenzzeit 11 Tage früher abgelaufen wäre, je 11 Mk. mehr Unterstützung erhalten würden, ferner 3 Kranke mit zusammen 16 Mk. bis zur Aussteuerung, zusammen 368 Mk., so daß dann die Mehrausgabe insgesammt 509 Mk. oder 97 Proz. gegenüber der Unterstützungssumme bei der jetzigen Karenzzeit betragen würde. Dieses Verhältnis auf die Unterstützung in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit im ganzen Verband im Jahre 1900 und den ersten drei Quartalen 1901 angewendet, ergibt folgendes Bild:

Zeitraum	Die Unterstützung würde betragen bei			
	14 tägiger Karenzzeit	10 tägiger Karenzzeit	7 tägiger Karenzzeit	3 tägiger Karenzzeit
I.-IV. 1900	26 942	34 486	42 303	53 080
I.-III. 1901	34 889	44 658	54 776	68 731

Dazu kommt noch, daß bei einer herabgesetzten Wartezeit die Mitglieder dem Unterstützungsfonds eine weit größere Aufmerksamkeit widmen, wie bei der jetzigen von 14 Tagen. Für diese Erwartung darf man ruhig 10 bis 20 Proz. Mehrausgabe zurechnen, ohne Gefahr zu laufen, die Summe übertrieben zu haben. Diese Zahlen treffen wohl auf alle Orte zu; auch bei den Reisenden ist nach meinen Beobachtungen dasselbe Verhältnis zu konstatieren. Nur Erhebungen anstellen, dann werden auch alle Kollegen mit mir übereinstimmend befunden, daß bei dem jetzigen Beitragslage nicht im entferntesten an eine Herabsetzung der Wartezeit in Unterstützungsfällen, eben so wenig, um der Agitation nicht hindernd in den Weg zu treten, an eine Erhöhung der Beiträge zu denken ist. Dagegen meine ich, daß in vielen anderen Fällen bei einiger

Umsicht und Interesse an dem Verbandszweck noch etwas gespart werden kann.

Meine Meinung geht nun dahin, daß man nur demjenigen (aber dies ist auch eine Pflicht) eine Legitimation ausshändigen sollte, der thatsächlich arbeitslos ist. Die Unterstützung kann doch kaum noch den Anspruch auf den Titel Arbeitslosen-Unterstützung machen, wenn sie dazu gebraucht wird, jungen, unüberlegten Mitgliedern (auch manchmal alten), die bei beliebigen Plänkeln mit ihren Mitkollegen und Vorgesetzten, oder auch aus anderen ähnlichen Gründen das Weite suchen, die Flucht noch zu erleichtern, indem ihnen Unterstützung gezahlt wird. Dies sollte meinem Dafürhalten nach anders geregelt werden, und zwar, daß Keinem, dem nachgewiesen werden kann, daß er, wie oben angeführt, blindlings seine Arbeit verläßt, eine Legitimation ausgestellt wird. Verschiedenerseits wird man einzuwenden versuchen, daß doch ein Jeder, der seine Beiträge bezahlt, dasselbe Recht habe. Gewiß! Aber man sollte sich doch zurückerrinnern, daß die Arbeitslosen-Unterstützung zu ganz anderen Zwecken eingeführt ist, als wie sich die Welt als Reisender anzusehen. Als arbeitslos betrachte ich unter den jetzigen kapitalistischen Verhältnissen denjenigen, der in Folge der jetzigen Produktionsweise und des Terrorismus des Unternehmertums aus der Arbeit gebracht wurde, und diese Leute müssen, da sie Opfer gebracht, über Wasser gehalten werden. Dabei braucht man auch keinem Mitgliede zuzumuthen, daß es in einem Betriebe, wo Tag und Nacht unter den miserabelsten Verhältnissen gearbeitet werden muß, erst der Entlassung bedarf, wenn es auf seine im Statut vorgezeichnete Unterstützung Anspruch erheben will. Aber richtig, zweckmäßig und unseren Bestrebungen gemäß ist es, erst Alles zu versuchen, die Verhältnisse zu bessern, und wenn das durchaus nicht geht, dann ist immer noch Zeit aufzuhören, und der Kollege hat seine Pflicht als Verbandsmitglied gethan. Man sollte meinen, daß ein Beamter, welcher mit der Ausstellung einer Legitimation betraut wird, die Verhältnisse der Betriebe, in welchen die Zahlstelle Mitglieder hat, auch kennt und beurtheilen kann, ob der Betreffende gezwungen war aufzuhören, oder ob etwas Anderes im Spiele ist. Dieses Vorgehen wirkt nicht nur für die Klasse günstig, sondern auch auf die Mitglieder erzieherisch.

Die Ausstellung der Reise-Legitimation läßt wesentlich noch viel zu wünschen übrig. Fehlt eine Legitimation, so muß, nach eigenen Beobachtungen, mancher Kollege ohne Unterstützung weiterziehen. Andererseits wird auch trotz verschiedener Hinweise in der Fachzeitung in Bezug auf die Unterstützung das Statut nicht beachtet. Dem abzuwehren bedingt tüchtige Beamte, die Interesse für den Verband zeigen und etwas überblicklich zu arbeiten verstehen. Kleine Zahlstellen, denen solche Personen fehlen, zahlen am besten keine Unterstützung, sondern verweisen die Reisenden an die besser situierten Zahlstellen. Man bedenke auch hierbei, daß unser Verband eine Kampfes-Organisation und nicht nur ein bloßer Unterstützungsverein ist, daher das Prinzip der Gewinnung von neuen Kämpfern und Erreichung besserer Verhältnisse in den Vordergrund zu stellen ist.

Daß Kämpfe von größerem Umfang in den letzten zwei Jahren nicht stattgefunden haben, ist nicht etwa den Verhältnissen zuzuschreiben, sondern nur der Umsicht des Hauptvorstandes zu danken. Der Erhöhungsertrag der Beiträge war nur der Agitation zugedacht, da die Kreise, die bis jetzt bestanden, ihre Kosten selbst trugen. Die Mehreinnahmen an Beiträgen durch die Erhebung betrug in dem ersten Jahr nach der Einführung rund 23 000 Mk. An Agitation wurde, außer derselben vom Hauptvorstand, 8714 Mk., also reichlich ein Drittel verbraucht. Obwohl die Summe etwas hoch erscheint, so ist sie aber für den tieferen Beobachter eine äußerst geringe. Es braucht einen thatsächlich nicht Wunder zu nehmen, daß die Mitgliederzahl so langsam steigt. Bei einem intensiveren Arbeiten in Bezug auf Agitation seitens der Zahlstellen-Verwaltungen und Gauvorstände müßte die Mitgliederzahl zweifellos eine größere sein. Ich kenne die Thätigkeit der Gauvorstände weniger, doch von allen seitens des Hauptvorstandes ihnen zugedachten Aufgaben, wie Agitation, statistische Erhebungen und Mitwirkung bei Lohnbewegungen, ist allem Dafürhalten zufolge wenig geleistet worden, denn in dieser Zeitung hat man nichts davon gehört. Da meine ich, daß die Gauvorstände,

bei denen man doch in allen diesen Aufgaben eine gewisse Einsicht und Ueberlicht voraussetzt, verpflichtet werden, etwas energischer zu arbeiten. Agitation ist ein mühseliges Unternehmen, daher ist es nötig, bei den künftigen Wahlen etwas vorsichtig zu sein.

Weiter ist noch nötig, daß der Verbandstag eine Norm trifft, in welcher Höhe ungefähr die Kartellbeiträge aus der Verbandskasse gedeckt werden. Verschiedene Orte zahlen hohe Beiträge, so z. B. Pflungstadt, Berlin, Dortmund, Frankfurt a. M., Gamm, Düsseldorf, Essen, Hamburg II, Rosenheim und mehrere. Zweifellos sind in diesen Orten teilweise andere örtliche Institutionen mit den Kartellen verbunden, die nur einen Extra-Vorteil für die betreffenden Zahlstellen bilden (Sekretariate, Arbeitsnachweise u. s. w.). Ich bin der Meinung, daß das Mehr über 5 Pf. pro Monat und Mitglied ruhig aus lokalen Mitteln gedeckt werden kann, denn für diese Vergünstigungen, die den Mitgliedern weniger bestimmter Orte zu gute kommen, kann die Allgemeinheit sich unmöglich auskommen. Mehrere Zahlstellen dagegen sind so human und zahlen die Beiträge nach wie vor aus lokalen Mitteln. Im ersten Jahr, nachdem die Kartellbeiträge aus Verbandsmitteln bezahlt wurden, wurden 2655 Mk. dafür verausgabt. Obwohl man verschiedenerseits meint, daß durch die Arbeiter-Sekretariate die Gewerkschaften erheblich an Rechtschutz sparen, so kann ich nicht diese Meinung teilen, denn ein ganz erheblicher Teil der Tätigkeit der Arbeiter-Sekretariate entfällt auf Angelegenheiten, die die Arbeiter in ihrem außer-gewerlichen Verhältnissen interessieren. Die meisten Fälle in Rechtschutz werden den Gewerkschaften doch erhalten bleiben, denn wenn Streikposten angeklagt werden oder der Redakteur bekommt eine Vorladung, vor Gericht zu erscheinen, so ändert das Arbeiter-Sekretariat auch nichts daran. Damit will ich nicht im Geringsten eine Antipathie gegen die Arbeiter-Sekretariate bekunden, sondern bin seit Jahren ein warmer Befürworter dieser Institute gewesen; nur nicht Alles seiner Verbandskasse aufzuhängen versuchen, sondern solche Sachen aus Extra-Beiträgen decken, das ist meine Meinung und Vorschlag.

Lang ist es her, daß aus Nürnberg ein Vorschlag auftauchte, und zwar Verschmelzung der Nahrungs-mittelberufe zu einem Industrieverband. Kein einziger Kollege hat bis jetzt zu dieser für mich äußerst sympathischen Frage Stellung genommen. Obwohl mir klar ist, daß dieses Unternehmen kein Werk von einem Jahr ist, so wäre es doch wichtig, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und den Punkt einem besonderen Referenten zum Verbandstag zu übergeben.

In Bezug auf das Fachblatt hätte ich nur folgenden Wunsch, daß erstens die Berichtsberichte noch mehr gekürzt würden, um für die anderen Sachen mehr Raum zu behalten; die Beilagen sind möglichst zu meiden. Der Titel und das Format, glaube ich, bedürfen keiner Aenderung, denn meines Gedächtnisses gewinnt das Blatt seine Anziehungskraft nicht durch den größeren Umfang, sondern durch seinen Inhalt. Meine Beobachtungen lassen darauf schließen.

Ich wiederhole nun noch einmal meine Vorschläge: keine Erhöhung der Beiträge! keine Veränderungen der Unterstützungs-Bezugsbedingungen! Mehr Aufmerksamkeit den reisenden Kollegen widmen in Bezug auf Unterstützung! Möglichste Präzision in der Höhe der Kartellbeiträge! Größere Betätigung in der Agitation! Besserer Ausbau der Gaue! Stellungnahme zum Nahrungsmittel-Industrieverband! Alles Uebrige möglichst belassen wie zuvor!

Da die Zeit kurz bemessen, so ersuche ich die Kollegen, sich an einer Diskussion der Anträge möglichst rege zu beteiligen.

Auch ein „organisirter“ Arbeiter.

Die in Nr. 52 der „Brauereizitung“ enthaltene Entgegnung der Lohnkommission der organisierten Böttcher und Brauereiarbeiter von Zwickau auf eine Bekanntmachung des Hauptvorstandes des Zentralvereins deutscher Brauer, geg. Winkelmann, in Sachen Sperre der Gahfabrik Pensei in Zwickau-Pölsitz, scheint den Jörn eines Herrn Joh. Wagniewski, Böttcher in Dresden, hervorgerufen zu haben, und zwar in einem so hohen Maße, daß wir befürchten, es könne sich ein heftiger Wallenausfluß bei Herrn W. eingestellt haben, was wir allerdings sehr bedauern würden.

Wir müssen nicht, wiewohl hoher Stellung sich Herr W. innerhalb des Zentralvereins deutscher Böttcher erfreut, aber so viel sieht fest, daß nach dem vorliegenden schriftlichen Material und nach dem, was wir bisher erfahren haben, Herr Wagniewski heute noch der unverbesserliche Stänkerer, jedes Unstrebendes dar ist, als der er schon seit Jahren bekannt. Herr W. operiert nicht mit logischen Beweisgründen, mit überzeugenden Argumenten, die unter Umständen geeignet wären, Arbeiter, Kollegen, die sich im vermeintlichen Unrecht befinden, zum Abzug der Organisation und der Betroffenen selbst auf den richtigen Weg zurückzuführen; nein, Herr Wagniewski kämpft mit Waffen, deren sich ein jeder anständige Arbeiter unbedingt schämen müßte, mit den Waffen der niedrigsten Gemeinheit, Verleumdung und Ehrabschneiderei. Herr Wagniewski hatte die Stebenswürdigkeit, an den Bevollmächtigten der Sektion II (Böttcher) des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsge nossen, Anton Schöffel, folgenden Brief zu schreiben:

Werther Kollege!
Soeben habe ich deine Erklärung in der „Brauereizitung“ gelesen.
Bist du es nicht gewesen der die Hausagitation für unsern Verband so warm empfohlen hat? Bist du es nicht gewesen der versprach alles mögliche aufzubieten, das alle Kollegen unser Organisation in Zwickau zu geführt werden?
Hast du dich als Ehrlicher Kollege in der Konferenz in Chemnitz hin gestellt oder als —
Ich ersuche dich dringend, mich davon zu überzeugen das du grund gehabt hast unsern Verband an die Brauer zu verrathen.

Mit Gruß
Zentralverein deutscher Böttcher, Dresden.
Joh. Wagniewski, Freibergerstr. 12.

Schöffel fehlte jede Veranlassung, hierauf eine Antwort zu ertheilen, zumal sich Herr Wagniewski einfach beim Hauptvorsitzenden Winkelmann sehr gut informieren konnte, aus welchem Grunde die Zahlstelle der Böttcher zum Zentralverband deutscher Brauer übergetreten ist. Auf diesen Grund des Uebertritts wollen wir vorläufig nicht eingehen, dazu wird sich wohl noch Gelegenheit bieten. Bemerkten wollen wir nur, daß die organisierten Böttcher von Zwickau mindestens etwas mehr Urtheilsvermögen besitzen als Herr Wagniewski z. B., und wußten, was sie thaten. Als eine Antwort von Schöffel nicht eintraf, schickte sich Herr W. in seiner unbegreiflichen Wuth bemüht, folgende Karte zu schreiben:

Herrn Schöffel!
Zwickau.

Im Bezug auf meinen letzten Brief, wo ich um gekl. Antwort bat. Ist bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Warum, kann ich mir wohl denken. Das beweist, mit was für Elementen der Zentralverein deutscher Böttcher es zu thun hat, die selbst sich nicht scheuen haben, trotzdem sie in Arbeit standen von unser Verbands Unterstützung ab zu —
Wenn es aber nichts mehr giebt, dann gehen diese Leute zu einem andern Verband der wieder dem Geldbeutel winkt.

Alles übrige machen wir Oeffentlich aus.
Achtungsvoll
Zentralverband deutscher Böttcher, Dresden.
Joh. Wagniewski, Freibergerstr. 12.

Hierauf erhielt Herr W. vom Kollegen Paul Frischke, der von Pensei ebenfalls zweimal gemacht wurde, eine entsprechende Antwort, zu welcher Fr. allerdings nicht autorisirt war. In dieser Antwort wurde Herrn W. bedeutet, sich nicht

um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angingen, und außerdem noch eine Reihe anderer Vorhalte gemacht.

Auf diese Antwort erhielt Frischke folgende Karte von Wagniewski:

Auf die, an mich gerichtete Karte, Unterzeichnet P. Frischke, habe ich zu erwidern, daß ich mit keinem Gesellen etwas zu thun habe. Ich meine wenn der Müllermeister etwas von mir will, so soll er selber kommen, und braucht nicht erst seinen Gesel zu schicken.

Sie sind wohl der Frischke, der vor einigen Jahren in Dresden beim Fabrikanten Blüthmann gearbeitet hat? Der einen Streik dort anzetteln wollte, weil Blüthmann den Frischke jeden Tag paarmal aus der Fabrik herauswerfen wollte. Als eine Commission unerseits bei W. befragt wurde, mußte sie die Erfahrung machen daß Frischke den Blüthmann die Arbeit verpöschle. W. hat deshalb den Fr. seinen weg gehen, aber Fr. ging nicht. Deshalb mußte W. den Fr. herauswerfen. Also ein netter Kunde dieser Frischke, er verschwand eines schönen Tages nach Zwickau. So, nun werden hoffentlich unterlassen an mich Karte zu schreiben, so lange ich sie dazu nicht veranlaßt habe.

J. Wagniewski.
Ganz abgesehen von dem gemeinen Ton der Karte wollen wir nur aufklärend bemerken, daß Kollege Paul Frischke, der gegenwärtig ein Restaurant bewirtheftet, mit dem in der betr. Karte genannten Frischke nicht identisch ist. Frischke schrieb darauf eine weitere Karte an W., worin er den Sachverhalt aufklärte, sich den ungezogenen Ton W.'s entschieden verbat, und weiter darauf hinwies, daß in Zwickau eine Bräuderlichkeit unter den Böttchern und Brauereiarbeitern zu finden sei, von der man nur wünschen könne, daß sie in Dresden unter den Böttchern ebenfalls Platz griffe, man würde damit bedeutend weiter kommen, als bisher. Hierauf kam postwendend folgender Brief an Schöffel:

An Frischke!
Aus Ihren Gescheißel von 14. d. Mts., kann ich nur schließen, daß Sie entweder ständg besoffen, oder nicht ganz richtig im Kopfe sind. Sie schreiben „Zuerst mache ich Ihren Gesel noch lange nicht.“

Da haben Sie vollkommen recht, denn einen Gesel werden Sie wohl immer schon abgegeben haben.

Sie schreiben weiter, daß Sie Schöffel vertreten. Nun, da muß er ja in seinen Arbeitsverhältnissen unter den Hausknecht stehen, wenn er wegen seiner Arbeit mit nicht mal Antwort schreiben kann.

Wenn Sie der betreffende Frischke nicht sind, den ich meine, so kann ich das auch nicht ändern. Aber die Beschickheit mit derartigen Creaturen haben Sie. Ferner müssen sie das beweisen, ob wir den „auch“ Kollegen Leich ins Verderben geführt haben, und ihm ohn Unterstützung sitzen lassen. Wenn er das behauptet, so ist er gerade solch Lügner wie Sie. Leich hat sich in Dresden durch den Weither Arbeitsnachweis in der Brauerei zum Pl. Lagerkeller in Arbeit geschickungst. Aber unsere dortigen Kollegen haben ihm nur einen Tag gekühten, er mußte sofort wieder raus. Das bringt Ihr Zwickauer samt unsern Gastwirten nicht fertig. Ueberhaupt hat ein Gastwirt in Gewerkschaftlichen sachen nichts hinein zu reden.

Sie denken das wir uns ärgern wenn so ein paar Hämmerlinge aus unsern Verband austreten, da sind Sie auf dem Holzwege.

Ferner Schreiben Sie wörtlich:

Wenn Ihr in Dresden die Bräuderlichkeit*) so hegen würdet als wir in Zwickau so wäret Ihr viel weiter.“
Also durch Bräuderlichkeit kann man es zu etwas bringen. Ich kann Ihnen hierauf keine Antwort weiter geben, als das Sie Bräuder oder ständg besoffen sind.

Johann Wagniewski.

Wenn man diese Zeilen studirt, so muß man sich unwillkürlich fragen: Gehört ein Mann wie W. noch in die Reihen der organisierten Arbeiter? Nicht er da nicht mehr Unheil an, statt die Organisation vorwärts zu bringen? Es ist schlimm, daß es unter der organisierten Arbeiterkraft noch Elemente giebt, die bei sachlichen Auseinandersetzungen nichts Anderes thun können, als die Ehre der Kollegen, die seit Jahren und mit Erfolg die Interessen der Arbeiterkraft im Allgemeinen und der Angehörigen des Berufs im Besonderen vertreten haben, mit Roth zu bemerken! Aber notwendig ist es, diese Art Anpöbele einmal niedrigt zu hängen und zu zeigen, in welcher Weise gegen solche Gewerkschaftsgegnern vorgegangen wird von Leuten, die längst notwendig hätten, endlich einmal den Schmutz vor ihrer eigenen

*) Hier hat W. anstatt Bräuderlichkeit: Bräuderlichkeit gelesen, jedenfalls nur ein Geburtsfehler, das falsche Lesen.

In Schlesien.

Von Paul Meißel.

(Fortsetzung.)

Während der Wahlbewegung wohnte ich in Bentzen. Nach Beendigung derselben machte ich mich daran, in der Umgegend Arbeit zu suchen. Ich fand auch bald eine Stelle in Königshütte in der Brauerei von D. Es waren hier beschäftigt 2 Brauer, 8 jugendliche Arbeiter zwischen 14 bis 17 Jahren, 1 Maschinenist und ein paar Bierfahrer. Des Morgens begann die Arbeit an zwei Tagen in der Woche um 1 Uhr früh, die anderen Tage um 3 Uhr. Kaffee- und Frühstückspause fiel zusammen und dauerte ca. 30 Minuten. Vom Mittagstisch ging es gleich wieder an die Arbeit; zwischen 4 und 5 Uhr gab es Kaffee, um 9 Uhr Abendbrot, aber Feierabend war in der Regel ein paar Stunden später, die Arbeit war ein nervöses, feierhaftes Durcheinanderhaken. Was die Kollegen betraf, so arbeitete der eine dort seit drei Wochen, aber stets barfuß in Polypantoffeln. Der andere war 4 Tage dort, trug Strümpfe und Stiefel und kamme aus dem Rheinlande. Ich konnte mir das nicht erklären, wie ein geistig gesunder Mensch vor dort in eine oberirdische Brauerei kommen kann. Auf meine diesbezügliche Frage erklärte mir der Kollege, ein ganz junger Mann, daß sein Vater, ein höherer Güttenbesitzer, noch christlichen Hütten-Neuer auch hier verkehrt wurde und er in Folge dessen mit hier herkam. Auf meine Frage, ob er seinem Vater schon über die Arbeits- und sonstigen Verhältnisse Aufschluß gab und was dieser dazu sagte, meinte der Kollege, sein Vater hätte gesagt, wir müßten in einen Streik eintreten, um die Verhältnisse zu bessern. Der Kollege trat auf meine Bemerkung sofort in den Verdacht. Als ich den anderen fragte, weshalb er den ganzen Tag barfuß im Keller arbeitete, meinte er kurz: „So viel verdient man hier nicht, um täglich Strümpfe tragen zu können.“ Er hatte recht. Ich sah auch bald ein, daß das hier keine Arbeit für von der „Königshütte“ Leute war, und als ich am dritten Tage meiner dortigen Arbeit schon früh Morgens durch den Keller gereist wurde, indem mir dieser sagte, seine Arbeit wäre Spielerei, erklärte ich kurz, daß ich nicht mehr mit „Spiele“. Der Lohn sollte 75 Mk. pro Monat betragen. Die jugendlichen Arbeiter hatten pro Woche 7,50 Mk. Nach am Vormittag ging ich in die Höhe, die auch zugleich Komptoir war, und verlangte meine Abklohnung. Von Montag Abend bis Donnerstag früh hatte ich gearbeitet, es waren zusammen 45 Stunden. Zwei Tage hatte ich gegeben. Der Besitzer rechnete, machte die Abzüge und sagte: „4,28 Mk. bekommen

Sie noch heraus“, und legte mir das Geld auf den Tisch. In diesem Augenblick wurde auf der Straße geklingelt, und am Fenster vorbei fuhr der katholische Geistliche zum Kranken. Auch er und der Herr D. liegt vor seinem Herrn auf den Knien, betrauert sich und neigt sein Haupt. Welch ein Bild! Ein Bild, werth, von einem Künstler auf die Leinwand gebracht zu werden. Dort der „im Staube“ liegende reiche, fromme Brauereibesitzer, der ein großartiges Schloss hat und jugendliche Arbeiter beschäftigt, und hier der trogig dastehende Arbeiter, der sich seinen Schädel anstrengt, um heraus zu bekommen, ob ein Lohn von 4,28 Mk. für 46 schwere Arbeitsstunden sich auch mit christlich-katholischen Prinzipien vereinbart. Fürs Essen wurden mir pro Tag 1,30 Mk. abgezogen. Unser „tägliches Brot“ war gewöhnlich eine Schmalzstulle, und die Kartoffeln wurden für uns und unsere lieben Bierfahrer in einem Topfe gekocht. Ich ging also weiter, verhoffentlich in der „Br.“ die dortigen Zustände und schaffte eine kleine Verbesserung derselben. Adwäts hätte ich die größte Stadt in Oberschlesien und zählt über 50 000 Einwohner.

Kurze Zeit darauf erhielt ich Arbeit in Rattowitz in der Brauerei von R. Bei meiner Annahme legte mir der Braumeister ans Herz, mit den Arbeitern möglichst in Frieden zu arbeiten. Ich konnte erst ob solcher Ermahnung, die ich bis dahin noch nirgends gehört, und erklärte ihm, daß dies auch mein eigener Wille sei. Nachher wurde mir erst der Grund dieser Ermahnung klar: Ein ungelehrter Arbeiter machte hier den Kellermeister und führte jogsagen nach dem Braumeister das Regiment. Die Brauer bekamen deswegen gewöhnlich mit diesem Arbeiter Streit, der mitunter auch zu Thätlichkeiten ausgeartet ist. Die Verhältnisse waren hier etwas bessere wie in Königshütte. Nach dreiwöchiger „friedlicher“ Arbeit hatte der Friede ein Ende, nicht etwa mit den Arbeitern, o nein, aber mit dem Braumeister, und zwar eben deswegen, daß ich mit den Arbeitern Frieden hielt.

Ich kam jetzt nach Bentzen in eine Bier-Großhandlung auf acht Tage zur Beurlaubung. Die Arbeit hier begann für mich täglich um 4 Uhr früh und dauerte ohne jede Unterbrechung bis Abends 10 Uhr. Ende August erhielt ich dann Arbeit in der fürstl. Pflanzlichen Brauerei in Zichau. Zichau ist ein Dorf im Kreise Pleß, also fernab vom Industriegebiet, und hat zwei moderne Pilsener-Bierfabriken, eine „Fürstliche“ und eine „Bürgerliche“, natürlich auch eine katholische Kirche, aber die elendesten und erbärmlichsten Gütten, in welchen „Weiß und Tüpfel“ zusammenhängen, wie ich sie elender weder im übrigen Schlesien, noch in Galizien gefunden habe. Die Brauerei beschäftigte im Ganzen ca. 250 Arbeiter, davon höchstens 8-10 Celernat, und dann noch ein paar Beamte. Die Löhne waren: für Celernat 75 Mk. monatlich, für die Uebrigen

pro „Schicht“, von 6-6 Uhr, 1 Mk. Bei besonderer Thätigkeit stieg der Lohn auch um 10, 20 oder 30 Pf. Es waren aber auch Arbeiter da, allerdings eine geringe Zahl, die 1,50 Mk. pro „Schicht“ hatten. Diefelben waren aber auch eine lange Reihe von Jahren (bis zu 30 Jahren) in der Brauerei beschäftigt, darunter der Brauereischmeißel. Ein paar Tage später, nachdem ich hier angekommen — es war gerade am 2. Sept. —, war ich unfreiwillig Zeuge eines Austritts, wie ich ihn häßlicher noch nie gesehen hatte. Ein Brauer, dem angeblich eine Ungerechtheit in Bezug auf Beförderung widerfahren sein sollte, beschwerte sich hierüber beim Braumeister und wurde dabei etwas heftig. Schließlich artete der Streit zwischen dem Brauer und dem hingekommenen Brauführer in eine Prügelei aus, bei welcher der Brauführer den jungen Brauer wiederholt auf das Kopf-pflaster warf und dem Boden Siegenben mit den Stiefelsohlen in der entsetzlichsten Weise im Gesicht bearbeitete, so daß wir für dessen Augenlicht fürchteten. 24 Stunden lag der so übel Zugerichtete ohne ärztliche Hilfe im Bett. (Hülfe zu holen war verboten.) Hierauf wurde er ins Krankenhaus geschickt, in welchem er mehrere Wochen zubrachte. Einigermaßen wieder hergestellt, reiste er ab. Das Prügelein war hier überhaupt noch sehr im Schwange. Nehmen Sie den Befestigung und hauen Sie die Kerle“, war die ständige Ermahnung des „humanen“ Brauführers, und leider ist sie von den hier in Betracht kommenden Brauern nur allzuviel befolgt worden. Als ich vier Wochen hier war, wurde ich in die Mälzerei versetzt, und mein Gehalt schnellte von 75 auf 90 Mk. empor. Der Obermälzer (Beamter) B. und ich hatten 50 Arbeiter (Tage- und Nachtarbeit) unter Tüschicht, alles neue zu Beginn der Mälzerei eingestellte Leute. Die alten Arbeiter der verfloffenen Kampagne waren nämlich am 1. Pfingstfeiertage in einen Streik ein, welchen sie verloren. Sie freuten sich! Ich traute meinen Ohren kaum, das mußte ich mir näher erzählen lassen. Ein alter, zuverlässiger Arbeiter berichtete mir Folgendes: „Seit vielen Jahren, ja, so lange wie die Brauerei steht, erhielten wir Arbeiter immer zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten einen Krug Bagerbier, den wir uns mit zu Hause nehmen durften. Das wurde uns dieses Jahr zu Pfingsten vom Brauführer entzogen. Diese Maßregel empödete die Arbeiter derart, daß sie fast sämtlich über 40 Mann, die Arbeit sofort niederlegten. Das gab eine große Aufregung. Der Pfarrer hielt am 2. Feiertage eine Predigt hierüber und sagte auch dabei, daß wir 2 Mk. pro Tag verdienen, während doch bloß 1 Mk. gezahlt wurde. (1 Tag = 24 Std. = 2 Schichten à 1 Mk. = 2 Mk. Der Pfarrer hatte „gut“ gerechnet.) Die Mälzerei wurde sofort beendet; die Streikenden hatten viel zu leiden. Keiner ist wieder in die Brauerei gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Thürweg zu legen. — Wir werden nicht mehr auf die Angriffe Wagner's antworten, denn wir sind der Überzeugung, daß W. durch den Inhalt dieser Briefe in den Augen aller vernünftigen denkenden anständigen Arbeiter (auch in seinem Beruf) moralisch gerichtet ist und eine Antwort nicht mehr verdient. Wir müssen es W. überlassen, zu sehen, wie er sich mit dem hier Geschriebenen abfindet. Die Lohnkommission der organisierten Böttcher und Brauereiarbeiter (Ztr.-Verb. D. Brauer zc.) von Bückau und Umgegend. F. U.: A. Schöffel jun. Rob. Müller.

Korrespondenzen.

Berlin. (Sektion der Hilfsarbeiter.) In der Versammlung am 12. Januar erstattete zunächst der Gewerkschafts-Delegierte, Kollege Thomas, den Jahresbericht. Im Anschluß hieran wurde beschlossen: Der Delegierte hat in jeder Versammlung über die wichtigsten Vorkommnisse zu berichten, um den Kollegen eine richtige Information zu ermöglichen. Bei der Neuwahl des Gewerkschafts-Delegierten wurde Kollege Gub als Delegierter und Kollege Franke als Stellvertreter bestimmt. — Sodann wurde Stellung genommen zu der von der Gewerkschaftskommission projektivten Arbeitslosgählung über Berlin und Vororte. Jede Gewerkschaft muß hierzu eine Anzahl von Mitgliedern stellen. Auch einem Appell des Vorsitzenden zeichneten sich anerkannter Weise eine große Anzahl von Kollegen in die ausliegenden Listen ein. Die Kollegen haben Sonntag, den 26. Januar, Morgens 8 Uhr, in einem der nachstehend verzeichneten Lokale zur Stelle zu sein: Gewerkschaftshaus; Brüder, Waldemarstr.; Krog, Wassergrabenstr.; Ewald, Schönleinstr.; Gabel's Brauerei, Bergmannstr.; Königs Hof, Köpenickerstr.; Arminshallen, Kommandantenstr.; Peters' Gesellschaftshaus, Alt-Moabit; Fischer, Weisfeldstr.; Schweinmünder Gesellschaftshaus, Schweinmünderstr.; Köstnerhof, Köstnerstr.; Norddeutsche Brauerei, Schauffeldstr.; Brinkmann, Prinzenallee; Bauer, Rosenthalerstr.; Rimmann, Brunnenstr.; Feind, Weinst. ; Königsbau, Frankfurtstr.; Stachert, Andreasstr.; Keller, Köpenickerstr.; Diele, Adersstr. Die Kollegen gehen in die ihnen zunächst liegenden Lokale und werden von dort in die Zählbezirke gewiesen. Politische Organisations gehen direkt nach ihrem Bezirk. Von den Bezirken aus werden die Zählkarten ausgetragen und am Sonntag, den 2. Februar, wieder eingeholt. Kollegen, welche in den Bezirken wohnen, bleiben an ihrem Orte und werden die dortigen Lokale im "Vorwärts" und anderen Tageszeitungen noch bekannt gegeben. Mitglieder, welche sich nicht in die Listen eingetragen haben, und solche, welche in der Versammlung nicht anwesend waren, werden ersucht, sich gleichfalls an der Zählung zu beteiligen, um eine recht rege Beteiligung der Brauereiarbeiter herbeizuführen. In seinem Schlusswort erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, recht thätig für die Erweiterung der Organisation einzutreten und die Hebung der materiellen und geistigen Interessen der Kollegen zu fördern.

Beemen. Am Mittwoch, den 8. Januar, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Unter "Geschäftliches" forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, bei etwaigen Lohnnachfragen oder sonstigen Differenzen der Lohnkommission sofort Nachfrist zukommen zu lassen. In letzter Zeit habe schon die Brauerei G. S. Haale Mühlje zu machen versucht, indem sie die Forderung abgab. Auf Einschreiten der Lohnkommission sei die Sache geregelt und der abgegebene Lohn nachbezahlt. Es folgten, nachdem der Kartellbericht erledigt, die Abrechnungen. Die Abrechnung der Zentralkasse vom 4. Quartal wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer, Kollegen Wiese, der Dank der Versammlung ausgesprochen. Mehr Bedenken erregte die Abrechnung der Lokalkasse. Danach waren die Einnahmen vom 1. Januar 1901 bis 1. Januar 1902 incl. der Sparrasse 1648,54 Mk., die Ausgaben in demselben Zeitraum 1640,55 Mk., so daß das Gesamtvermögen der Lokalkasse 7,99 Mk. beträgt. Dem Kassierer, Kollegen Ullhorn, wurde hierauf Decharge erteilt. Ein Antrag, die Lokalkasse bis auf Weiteres zu schließen, mit Ausnahme der Sparrasse sowie 25 Mk. Sterbegeld für Mitglieder, wurde angenommen. Geschlossen wurde ferner, Sammelkassen zirkulieren zu lassen, damit das Sekretariat vorläufig noch bezahlt werden könne. — Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der auf eine Wiederwahl verzichtete, wofür Kollege Reefe einstimmig gewählt wurde. — Hierauf wurde die Entlassung des Kollegen G. Meyer aus der Brauerei W. Kemmer besprochen. Der Entlassene schildert in ausführlicher Weise seine Einstellung, sowie die erste Zeit seiner Tätigkeit bei W. Kemmer. Danach muß man wohl mit seinen Leistungen zufrieden gewesen sein, bis auf einmal Herrn Kemmer bekannt wurde, Meyer sei im Verband. Nun mußte er natürlich sobald wie möglich von der Brauerei verschwinden. Es wurde ein Grund gesucht und auch gefunden, wenigstens ein Scheingrund. Der Entlassene, der als Mitfahrer eines Ausbringers fungierte, mußte am 14. Dezember mehrere Stunden allein die Rundschicht bedienen, da der Ausbringer sonstige Geschäfte zu besorgen hatte, später jedoch den Wagen wieder bestieg. Immerhin war es nicht zu vermeiden, daß nach Abends später zur Brauerei zurückkam, da doch sämtliche Rundschicht versorgt werden mußte. Herr Kemmer erklärte nun am folgenden Tage Meyer, er sei entlassen, und behauptete, Meyer sei tags vorher betrunken gewesen, was dieser in der Abrede stellte und das Gegenteil auch durch Zeugen bestätigten lassen konnte. Darauf erklärte nun Herr Kemmer, Leute, die Verbänden und Vereinen angehörten, könne er überhaupt nicht gebrauchen; die Entlassung bleibe bestehen. Am 20. Dezember stellte Herr Kemmer nach längerem Weigern dem Entlassenen folgendes Zeugnis aus:

Der Arbeiter Carl Meyer aus Bremen ist in meinem Geschäft vom 11. November bis 16. Dezember 1901 thätig gewesen. Er hat sich sonst nichts zu schulden kommen lassen, seine Entlassung erfolgte, weil er als Mitfahrer des Ausbringers mit diesem am 14. Dezember Abends drei Stunden zu spät mit dem Führer nach Hause kam.

pp. Wilhelm Kemmer. Th. Rasmussen.

In der Diskussion erklärten viele Redner, mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß der Kollege Meyer wieder eingestellt werde. Besonders der Kollege Meyerdick, der die Verhältnisse der Brauerei Kemmer so ziemlich kennt, hob hervor, daß es endlich an der Zeit sei, Herrn Kemmer, der Vorsitzender der Bremer Brauer-Sozialität sei, welche doch den Verband anerkannt habe, in seine Schranken zu weisen. Es sei nicht das erste Mal, daß Herr Kemmer Verbandskollegen gegenüber so handle. Er bitte Kollegen Meyer, der auf WiederEinstellung verzichtet, seinen Beschluß zu ändern. Sämtliche Redner schließen sich der letzten Aufforderung an. Jedoch erklärt M., auf einer solchen Brauerei nicht weiter arbeiten zu wollen. Herr Kemmer sorge schon mit aller Macht dafür, daß seine Arbeiter nicht allzu ausgefressen werden; er dürfe es nämlich nicht, daß andere Zeitungen dort gelesen werden, als welche er ihnen täglich in mehreren Exemplaren auf den Tisch legt, nämlich den "Bremer Courrier". Hierauf beschließt die Versammlung, vorläufig gegenüber der Brauerei Kemmer eine abwartende Stellung einzunehmen. — Nachdem noch der Punkt "Verschiedenes" erledigt war, schloß der Vorsitzende die stark besuchte Versammlung.

Darmstadt. Zu den heftigsten Differenzen in der Brauerei Groß-Berau ist noch zu erwähnen, daß auch in Bezug auf Behandlung seitens des Braumeisters eine Besserung sehr zu wünschen wäre, da derselbe in letzter Zeit bei jeder

kleinigkeit den Leuten den Stuhl vor die Thüre setzt. Öffentlich wird auch hier die Betriebsleitung, die sich bei der Erledigung der Differenzen entgegenkommend zeigte, für Recht und Ordnung sorgen.

Schlitten. Am Mittwoch, den 8. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Schied gab denassenbericht vom letzten Quartal, welcher unbeanstandet angenommen und worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Sodann folgte Neuwahl des Gesamtausschusses. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kollege Guber, als Kassierer Schied, als Schriftführer Scherms, als 2. Vorsitzender Fiedler, als Revisoren Schermuly, Kauscher und Föhler, als Delegierte zum Gewerkschaftsamt Kapp und Kiefer, als Vertrauensmann in der Brauereigesellschaft Juchs. Im Beschiedenen wurde der Wunsch laut, daß der Hauptvorstand in Anbetracht des bevorstehenden Verbandstages sich darüber äußern möge, wie die Einrichtung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sich bewährt hat, resp. ob es möglich ist, mit den gegenwärtigen Beiträgen den Ansprüchen von Seiten der Mitglieder gerecht zu werden oder etwa mit einer Erhöhung der Beiträge gerechnet werden muß. Zum Schluß richtete Herr. Kund die Bitte an die Versammlung, in diesem Jahre mehr wie bisher mitzuarbeiten, um es dadurch der Ortsverwaltung leichter zu machen. Jeder müsse selbst agitator sein und jede Streitigkeit und Uneinigkeit zu vermeiden wissen. Man sollte nicht immer meinen, man müsse mit gleichen Mängeln heimbegahen, lieber einmal Unrecht leiden, denn noch niemals war es eine so große Notwendigkeit, eine Macht zu sein, wie gegenwärtig. Wird doch gegenwärtig vielfach an den Löhnen abgemacht und nicht einmal das Versprochene innegehalten und billige Arbeitskräfte verwendet, mag die geleistete Arbeit noch so schlecht sein. Gingenen steht man bei den besser Bezahlten auch das kleinste Vergehen. Halten wir deshalb zusammen, dann ist uns immer die Sympathie der ganzen Arbeiterschaft von Schlitten und Umgebung gesichert und können wir dann mit Ruhe der Zukunft entgegen sehen.

Frankfurt a. M. Am Mittwoch, den 8. Januar, fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Bauer über: "Die Lage der Brauereiarbeiter, die Zukunft und unsere Aufgabe" referierte. Derselbe schilderte den ca. 260-270 Anwesenden die traurige Lage der Brauereiarbeiter, welche ja jeder an eigenen Körper selbst verspüre, egal, ob Jahrbüchliche, Hilfsarbeiter, Maschinenführer oder Brauer, und erwähnte, gerade bei der jetzigen Zeit, wo die Krisis auch im Brauergewerbe ihre Fühler schon ausstreckt und der neue Zolltarif vor der Thüre liege, zum festen Zusammenschluß und empfahl als Vorbild die Unternehmer, die nicht in zwei Organisationen, wie die Brauereiarbeiter, sondern geschlossen in einer Organisation daständen. Die größte Gefahr bestehe noch durch die technische Entwicklung, wodurch die gelehrten, überlenen Arbeitskräfte immer mehr verringert und durch billige Kräfte die Lohnverhältnisse verschlechtert werden sollten. Ein weiterer Mibstand liege auch in der Vorliebe für jugendliche Arbeiter, da ältere Arbeiter für die Ausbentungs-lucht der Unternehmer nicht mehr leistungsfähig genug seien. Ferner verurteilten die Unternehmer, besonders einzelne hiesige Brauereien, die Arbeiter durch Druck von der Organisation fernzuhalten, während sie sich bei jeder Gelegenheit vereinigten. Darum sei es Pflicht der Brauereiarbeiter, Mann für Mann u n s e r e M e r k e n d e beizutreten, um so diesen Machinationen der Unternehmer entgegenzutreten zu können. — In der Diskussion kritisierte der Vorsitzende Billig das Verhalten einiger hiesigen Brauereien, besonders der Brauerei S. J. Jung mit ihrem 3 Braumeistersystem, welche durch die Entlassungen der Vertrauensleute die Kollegen von der Organisation abschrecken sollen, und gab die Erklärung ab, daß in nächster Zeit Besprechungen stattfinden werden, um den Provokationen einzelner Herren einmal entgegenzutreten.

Hannover. Die am Sonntag, den 12. Januar, im großen Saale des Ballhofes stattgehabene halbjährliche Generalversammlung war von ca. 450 bis 500 Personen besucht. Aufnahmen waren 2 zu verzeichnen. Alsdann gab der Vorsitzende Hüh den Bericht des Vorstandes für das 2. Halbjahr. Es haben stattgefunden 5 Mitglieder- und Vorstandssitzungen, 1 öffentliche Versammlung, 7 Vorstandssitzungen. In 3 dieser Mitglieder- und Vorstandssitzungen wurden folgende Vorträge gehalten: Arbeitersekretär Keiner über: Krankentafeln und Invalidenversicherung, Dr. Kantorowicz über: Anwendungsformen der Wasserheilkunst, und Kollege Hüh über: Werth der Organisation. In der öffentlichen Versammlung sprach Kollege Bauer gegen den Zolltarif. Außerdem waren noch zwei öffentliche Versammlungen einberufen worden, welche aber nicht stattfanden, da die Differenzen vorher erledigt wurden; erstens wurden eine Entlassung auf der Sönderer Aktienbrauerei zurückgenommen und zweitens eine Entlassung auf der Germania-Brauerei mit der Brauereileitung, geregelt. Die Korrespondenz war eine sehr umfangreiche. Den Bericht der Lohnkommission gab ebenfalls Hüh. Die Lohnkommission wurde in 16 Fällen in Anspruch genommen und hatte sich in der Hauptsache mit Entlassungen und Ausstellungen zu befassen. In je einem Falle mußte die Kommission wegen Nichterhaltung des tarifmäßigen Lohnes, wegen zu langer Arbeitszeit und wegen der in den Frühstücks- und Umkleekammern herrschenden Unsauberkeit bei den Brauereileitungen vorstellig werden. Sämtliche Beschwerden wurden, wenn auch manchmal nach langem Verhandeln, zur Zufriedenheit geregelt. Es folgte der Kassenbericht für das 2. Halbjahr. Die Zweigvereinskasse hatte eine Einnahme von 3850,60 Mk. und eine Ausgabe von 750 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 508,25 Mk. und eine Ausgabe von 33,60 Mk., so daß am 1. Januar ein Bestand von 173,55 Mk. bleibt. Die Revisoren bestätigten den richtigen Bestand der Kasse und erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge. Als weiterer Punkt stand die Regelung der Krankangelegenheit auf der Tagesordnung. Nach längerer Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: — Es sind von jedem Mitgliede bei jedem eintretenden Sterbefall 20 Pf. zu erheben, von diesem Gelde werden 9 Kränze mit Widmung à 5 bis 5,50 Mk. angeschafft (für jede Brauerei einen); die auf diese Weise übrig bleibenden ca. 60 Mk. sind der Witwe zc. als Sterbegeld zu überweisen. Unter "Verschiedenes" wurde auf Antrag des Kollegen Bauer, nach Hinweis auf die Bedeutung des nächsten Verbandstages, eine Kommission gewählt, welche die eventuellen Anträge zum Verbandstage ausarbeite. In die Kommission wurden sodann gewählt: Von den Brauereiarbeitern Brandt, Hüh, Deder, Dlenek, von den Hilfsarbeitern Bartels, Bierfahnen Wollenhaupt, Hejermeyer.

Heilbronn. Die Generalversammlung vom 6. Januar war gut besucht. Der Kassierer erstattete die Quartals- und Jahresabrechnung. Ausgaben und Einnahmen blanzieren im 4. Quartal mit 886 Mk., davon 264,51 Mk. an die Hauptkasse gefandt und 131,49 Mk. Ausgaben am Orte. Mitgliederbestand 104. Die Jahresrechnung betrug mit 25 Aufnahmen 1588,20 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Krankenunterstützung 200 Mk., Arbeitslosenunterstützung am Ort 135 Mk., Arbeitslosenunterstützung auf der Reise à 1 Mk. pro Tag 188 Mk., à 50 Pfg. pro Tag 24,50 Mk., Unterfütterung an Gewandregelle 10 Mk., an die Hauptkasse abgefandt 960,35 Mk., freiwillige Beiträge an verunglückte Kollegen 37,40 Mk. Somit hat sich die Unterfütterung gegen 1900 verdoppelt. Vorkasse: Einnahme an Beiträgen 162,80 Mk., Gesamt-Einnahmen 1452,76 Mk., Gesamt-Ausgaben 1378,97 Mk., Kassenbestand 73,79 Mk. Inventar und Kassenbestand zusammen 1000 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Darauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es fanden 12 ordentliche, 3 außerordentliche und 8 Geschäftsversammlungen statt. Vertragsverneuerungen

fanden in 3 Brauereien statt, in der Aktienbrauerei Gub, in der Schuhmann'schen Brauerei, Wödingen, und in der Brauerei Eckart. Als bemerkenswerthe Erfolge bei der Vertragsverneuerung sind zu bezeichnen die Lohnerhöhung von 24 Mk. auf 25,50 bzw. 26 Mk. pro Woche. Der Beginn der Arbeitszeit wurde von Morgens 6 auf 6 Uhr für die Wintermonate festgesetzt, sowie die Sonntagsarbeit für diese Zeit eingeschränkt bzw. beschränkt, wozu letzteres aus einer Eingabe von uns an die Polizeibehörde zurückzuführen ist und laut Verordnung vom 1. Dezember v. J. bis 1. März d. J. in Beziehung auf das Verbot des Bierausfahrens an Sonntagen in Kraft trat. Ungerechte Entlassungen kamen 7 vor, in 4 Fällen konnte die WiederEinstellung erreicht werden, während bei 3 Fällen die Vergleichsversuche erfolglos waren und in einem Falle Rechtschutz erteilt wurde. Die Geschäfts-Krisis macht sich im Allgemeinen hier in den Brauereien nicht so bemerkbar, dennoch lieben es die Herren Brauereibesitzer nicht fehlen, bei jeder passenden Gelegenheit gegen unsere Mitglieder vorzugehen. Die Versammlungen waren im Allgemeinen mäßig besucht. Das Interesse für unsere gute Sache fehlt leider bei einem Theil der Mitglieder, was besonders aus verschiedenen unbegründeten Ausritten hervorgeht. Der Verwaltung kann hier kein Vorwurf gemacht werden, daß sie nichts gethan oder die Interessen der Mitglieder nicht genügend wahrgenommen habe. Im Sachgange und in den Versammlungen wurde bei allen erforderlichen Vorkommnissen protestiert, Untersuchungen angestellt u. s. w. Agitation nach auswärts wurde betrieben, hierin hat der Hauptvorstand seine Pflicht gethan. Die zahlreichste Schw-Platz ist leider wieder eingegangen. Für die Bierfahrer und Hilfsarbeiter konnte auch dieses Jahr leider keine vertragsmäßige Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden — obwohl dieselben unter den neuen Bedingungen auch einige Vorteile erzielten —, denn hiervon wollen die Besitzer immer noch nichts wissen, doch hoffen wir, daß dieser Standpunkt auch einmal und recht bald verschwindet. Im Uebrigen wird noch die Sparlichkeit im Allgemeinen von Seiten der Verwaltung hervorgehoben. Zum Schluß wird noch ein Formular von den hiesigen Gewerkschaften verlesen mit Fragen nach unserem Geschäftsbericht, die Vorteile eines solchen allgemeinen Geschäftsberichts von G. Schweibert zerlegt. Bei der Vorstandswahl lehnte der Vorsitzende die Wiederwahl ab, da ihm unbegründete Vorwürfe gemacht würden. Die nächste Versammlung wird endgültig darüber entscheiden. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Ungerer gewählt, die übrigen Kollegen bestellten ihr Amt, desgleichen die Gewerkschaftsdelegierten und Vertrauensmänner. Die früheren Lokale wurden beibehalten, nur sollen die Versammlungen in Wödingen im Winter an Sonntagen stattfinden. Beiträge werden wieder wie früher 8 Tage nach jeder Versammlung eingezogen. Anträge zum Verbandstag sollen zur nächsten Versammlung eingereicht werden. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Brunnenschichten des vorigen Jahres und die uns in Zukunft drohenden Gefahren hin und erwähnte die Mitglieder, in der freien Zeit fest zusammenzuhaltten und der Verwaltung in jeder Beziehung zur Seite zu stehen.

Mittelhau a. Ruhe. In der Versammlung vom 5. Januar ließ sich Kollege Krassel, Verb.-Nr. 42231, streichen. Als Revisoren wurden Pfingst, Meier und Wagner, als Kartelldelegierte Pfingst und Pronath gewählt. Geschlossen wurde, am 15. Februar ein Vergütigen abzuhalten.

Naumburg. Sonntag, den 12. Januar, fand unsere Monatsversammlung statt, welche leider schwach besucht war. Nichtorganisierte waren gar nicht gekommen und von den Mitgliedern fehlten auch mehrere. — Dem Kassierer wurde nach Erklärung des Kassenberichts Entlassung erteilt. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Geyer als Vorsitzender und Kollege Demhardt als Stellvertreter gewählt. Unter "Verschiedenes" kritisierte der Vorsitzende sehr scharf die Kauffeit derjenigen Kollegen, die so wenig Interesse für den Verband zeigen und glauben, mit der Beitragszahlung ihre Pflicht gethan zu haben. Jetzt in dieser schlechten Zeit sei es doppelte Pflicht, fest zusammenzuhaltten und unermüdetlich für den Verband zu agitieren.

St. Gallen. Generalversammlung vom 12. Januar. Das Verlesen der Präsenzliste ergab, daß einige Kollegen durch Absenkenheit glänzer und zwar sind es immer die gleichen, die es nicht so nötig zu haben scheinen wie die Anderen, welche bei jeder Versammlung anwesend sind. Den Kartellbericht erstattete Kollege Jakob und erwähnte zugleich, daß von den noch 7 ausgesperrten Metallarbeiterfamilien eine nach St. Gallen verzogt auf Kosten der Arbeiterschaft, eine zweite nehme die Arbeiterunion Aktion in Schutz. Die Abrechnung vom 4. Quartal verlas Kassierer Gb; die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, und ward dem Kassierer Decharge erteilt. Den Jahresbericht gab Weichenmeyr. Es haben stattgefunden 14 Versammlungen und 16 Sitzungen. Die Versammlungen waren von rund 618 Kollegen besucht. Korrespondenzen gingen ein 56, aus 78. Mitgliederzahl am Anfang 60, Schluß 63, erreichte im Hochsommer ein Maximum von 78. Aufgenommen 18, umgeschrieben 7, abgereist 18, ausgeschloffen 2. Revisorenprüfung wurde 56,50 Fr. ansbezahlt. Kassenbestand Anfang 613,35 Fr., Schluß 986,38 Fr. Für Streikende ging durch Kollekte ein: 184,60 Fr., aus der Kasse 20 Fr. Ferner wurden zwei frante Kollegen unterföhrt mit 48,65 Fr. durch Sammelkassen, aus der Kasse 50 Fr. Zum Fahnenfests nach Solothurn 20 Fr. Es ist ein schönes Zeichen der Solidarität, wenn von den Kollegen in einem Jahre nahezu 250 Fr. freiwillig gespendet wurden — nur so weiter arbeiten. Unter Punkt 6 kam der Vorsitzende auch auf das Sonntags-Bierausfahren in den Wintermonaten zu sprechen. Wagt man des Sonntag Nachmittags die Straßen entlang, wen kann man sehen? Einen so hochblühenden Bierwagen und nicht ein einziges Zwanziger drauf. Können denn die Herren Wirthe ihre paar Pfah nicht auch an Sonntagen zufahren lassen, wie es in anderen Städten auch gemacht wird? Aber solche Wirthe haben oft ihr Vergnügen daran, wenn sie einen Dnjours habenden 2 bis 3 Mal herum sprängen lassen können. Ein anwesender Bierfahrer theilte mit, daß er zu einem Wirthe vor den Weihnachtstagen 4 bis 5 Fah Bier fuhr. Kommt der Wirthe in Sans und Braus daher: Was soll ich mit dem Bier anfangen, soll ich's selber laufen, sind Sie auch ein Bierfahrer, sind Sie auch ein zivilisierter Arbeiter? Geh nur nach Amerika! Ja, da hört denn doch der Gewissenshandel auf, wenn man solche Antworten bekommt. Aber wer am Dienstag daher kommt und Bier befehlt, das ist derselbe Herr Wirthe. Wenn der schon einmal jenseits des Ozeans Bier verpaid hätte, dann würde er jedenfalls andere Gedanken führen, denn in Amerika sieht es mit dem Bierfahren an Sonntagen anders aus. Die Versammlung beschloß, eine Kommission von drei Personen zu wählen, welche in nächster Zeit mit dem Wirthe-Verein Unterhandlungen anbahnen soll, damit hier einmal Remedur geschaffen wird. Es wurden die Kollegen, Steffen, Walz und Burkhardt gewählt und soll der Arbeitsehrliche herbeigezogen werden. Ferner wurden für einen arbeitslosen Kollegen 25 Frants aus der Kasse bewilligt, der Betrag soll aber durch Kollekte wieder gedeckt werden. Einer Aufgabe der Zentralkasse, ob der Zentralkasse einheitliche Kassabücher für alle Sektionen drucken lassen und auf Kosten der Sektionen abgeben solle, ward zugestimmt, ebenso Mitglieder-Kontrolle. Vor Schluß theilte uns ein arbeitstüchtiger Kollege mit, daß er kürzlich in einer größeren Brauerei an Plage bei dem Herrn Braumeister um Arbeit vorwand, aber vorläufig abgewiesen wurde, und wie es heutzutage der Brauch ist, der eine Kollege empfiehlt einen, die anderen Kollegen arbeiten dem entgegen. Da kommt natürlich kurz darauf so ein "Heber-

